

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 ppbn d

Inhalt

Willy Brandt MdB, SPD-Vorsitzender, sieht keine Alternative zur SPD/FDP-Koalition: Garant des sozialen Friedens. Seite 1

Lothar Löffler MdB setzt sich dafür ein, bei notwendigen Entscheidungen eine vorurteilsfreie Betrachtungsweise zu praktizieren: Gegen Tabus und Schlagworte. Seite 3

Günter Schlatter MdB: Der Zentralbankrat honorierte gewerkschaftliche Vorleistungen nicht. Seite 5

Uwe Holtz MdB: Der Falkland-Konflikt verschärft die Weltkrise. Seite 6

Gerd Walter MdEP: Die EG und das Ergebnis der Seerechtskonferenz. Seite 7

Rudolf Hartung: Glaubwürdige Jugendpolitik verlangt nach Reformen. Seite 8

Dokumentation

Glückwunsch Hans Apels für Wolf Graf von Baudissin. Seite 9

37. Jahrgang / 87

7. Mai 1982

Garant des sozialen Friedens

Nur die Koalition kann die Aufgabe meistern

Von Willy Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Es war an der Zeit, daß die Bonner Koalitionspartner einen fatalen Eindruck korrigierten: als ob sie nicht mehr willens oder fähig seien, sich im sachlichen Interesse zusammenzuraufen. Unsächliche Auslassungen über den Münchner Parteitag konnten natürlich keine seriöse Diskussion über die Weiterentwicklung der Beschäftigungspolitik ersetzen. Die zurückliegenden Tage scheinen gezeigt zu haben: Den für die sozial-liberale Koalition Verantwortlichen liegt gemeinsam daran, eine die Regierungsarbeit belastende Verwirrung nicht um sich greifen zu lassen. Eine Regierung lebt vom erkennbaren Willen zur Zusammenarbeit, nicht von einer krankhaft anmutenden Neigung, Trennendes herauszustellen.

Wir haben es mit konkreten Problemen zu tun. Da ist zum einen die Verabschiedung der von der Bundesregierung vorgelegten Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität. Wir werden uns nicht damit abfinden, daß die CDU/CSU die Vorteile der Investitionszulage will, aber sich vor jeder realistischen Finanzierungsregelung drückt. Die von der Koalition vorgeschlagene vorgezogene Erhöhung der Mehrwertsteuer bedeutet, daß man denen, die Arbeit haben, ein gewisses Solidaropfer für die zumutet, die ihre Arbeit verloren haben oder Gefahr laufen, noch arbeitslos zu werden. Es wäre allerdings ein Unding, was führende Unionspolitiker vorhaben, nämlich Zuschüsse für die Unternehmen durch Sozialabbau statt durch einen Punkt Mehrwertsteuer zu finanzieren.

Im Juni/Juli wird es darum gehen, den notwendig gewordenen Nachtragshaushalt für 1982 zu verabschieden und die Eckdaten für einen Haushaltsentwurf 1983 zu definieren, der einerseits der Finanzsituation der öffentlichen Hände gerecht wird, und von dem andererseits weitere Impulse für



die wirtschaftliche Erholung unseres Landes ausgehen. Das beinhaltet gewiß den Versuch, den Etat in noch höherem Maße hin zu investiven Ausgaben umzuschichten und dabei alle Subventionen und Steuervergünstigungen noch einmal auf ihre Berechtigung hin zu überprüfen.

Unsere wirtschaftliche Lage ist widersprüchlich. Es gibt noch mehr Arbeitslose als befürchtet. Aber es gibt auch einen ganz enormen Aufschwung der deutschen Exportwirtschaft, der unsere Leistungsbilanz wieder in die "schwarzen Zahlen" bringt. Damit ist endlich die Chance für spürbare Zinssenkungen gegeben - wie sie von der Deutschen Bundesbank soeben eingeleitet worden sind -, die zu einer deutlichen Stärkung der Binnennachfrage führen können.

Die so viel gescholtenen Beschlüsse unseres Münchner Parteitages haben zum Inhalt, in dieser Situation unternehmerischen Geist zu ermuntern und leistungslose Profite einzuschränken. Wir wollen für junge Menschen Arbeitsplätze schaffen, und es denen, die im Arbeitsleben stehen, ermöglichen, sich weiter zu bilden und weiter zu qualifizieren. Was daran investitionslähmend sein soll, ist unerfindlich. Es ist einfach nicht wahrhaftig, wenn man uns in Gegensatz zu bewährten Grundsätzen der Marktwirtschaft setzen will. Es ist nicht überzeugend, gegen vermeintlichen Sozialismus zu zetern, statt deutlich zu machen, was man beschäftigungspolitisch zusätzlich zu bieten hat. Derjenige irrt, der meint, die deutschen Gewerkschafter und Sozialdemokraten ließen in einer solchen Situation unbegrenzt demagogisch mit sich umspringen. Wir können allein beurteilen, wann und in welcher Form wir neue und weiterreichende Vorschläge in die Erörterungen der Koalition einführen.

Die SPD hat im übrigen nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie eine Korrektur der Lohn- und Einkommenssteuertarife zu Anfang des Jahres 1984 bejaht, wie sie in der Gemeinschaftsinitiative der Bundesregierung angesprochen wird. Aber wirtschaftliche Vernunft hat auch etwas mit Gerechtigkeit zu tun. Wenn es auch konjunkturell sinnvoll ist, Entlastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer vorzunehmen, dann muß dies nicht unbedingt nach dem üblichen Strickmuster gehen, nämlich daß die Höherverdienenden auch noch weit überdurchschnittlich davon profitieren. Es kommt in dieser Runde darauf an, gerade die breiten arbeitenden Schichten von inflationsbedingten Steuererhöhungen zu entlasten. Außerdem müssen auch die Auswirkungen im Bund-Länder-Verhältnis genau bedacht werden.

Die sozial-liberale Koalition sollte der Garant für die Sicherung des sozialen Friedens in unserem Land bleiben. Keine andere politische Konstellation könnte dies sonst leisten. Wenn der soziale Frieden beschädigt würde, wären alle Chancen für einen Wirtschaftsaufschwung dahin. Darin liegt die gemeinsame Verantwortung von SPD und FDP. Es schadet nicht, die Beschlüsse eines SPD-Parteitages aufmerksamer zu prüfen, als es bisher geschehen ist. Vor allem gilt es jetzt, auf der Grundlage des 1960 verabredeten Regierungsprogramms und im Zusammenhang mit der Gemeinschaftsinitiative die Weichen zu stellen für eine sozial ausgewogene und investitionsfördernde Wirtschafts- und Finanzpolitik. Ich denke, das ist ein Angebot, das es verdient, beim Wort genommen und in die Tat umgesetzt zu werden.

(-/7.5.1982/ks/oa)

+ . + . +



Gegen Tabus und Schlagworte

Notwendigen Entscheidungen verlangen eine vorurteilsfreie Betrachtungsweise

Von Lothar Löffler MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der finanzielle Spielraum der öffentlichen Kassen wird enger. In einer solchen Situation ist es besonders schwer, das Notwendige mit dem Möglichen in Einklang zu bringen. Es ist verständlich, daß in den Diskussionen darüber, was gegenwärtig das Beste für unsere Gesellschaft ist, die unterschiedlichen politischen Standpunkte hart aufeinanderstoßen. Etwas mehr schöpferische Gedanken und etwas weniger vorgestanzte Formeln wären allerdings der Sache förderlich. Bisher gab und gibt es hoffentlich noch in einigen wichtigen Bereichen eine grundsätzliche Übereinstimmung zwischen allen Parteien: Dazu zählen:

1. Erhaltung und Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Stabilität; dazu gehört auch eine energische Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
2. Erfüllung unserer internationalen Verpflichtungen, wie sie sich aus den verschiedenen Bündnissen zur Sicherheit und zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit ergeben.
3. Mitwirkung an der Erhaltung des Friedens in der Welt; das beinhaltet auch die Hilfe für die armen Völker.

Die Wahrnehmung dieser Aufgaben kostet Geld - und das ist knapp. Durch keinen Trick läßt sich das eherner Gesetz der schmalen Kasse umgehen. Es gibt zwei Möglichkeiten, den finanziellen Spielraum zu erweitern - nämlich Einsparungen oder höhere Einnahmen durch Steuern und Kredite. Welche der Möglichkeiten für sich alleingegenommen volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch am günstigsten ist, läßt sich nicht Monate oder gar Jahre vorher entscheiden. Im übrigen sind eine Reihe von Kombinationen dieser Möglichkeiten denkbar, durch die der gesamtwirtschaftliche Nutzen des staatlichen Handelns vermehrt werden kann. Darüber muß in Ruhe und Sachlichkeit beraten werden. Die schrillen Töne eines überzogenen Verteilungskampfes helfen da nicht. Noch weniger helfen die schlagwortartigen Argumente, die sich zwar medienwirksam verkaufen lassen, aber einer solchen Klärung der Probleme nicht dienlich sind.

Es wird der Sozialdemokratischen Partei gegenwärtig vorgeworfen, sie habe den "Kurs der sozialen Marktwirtschaft verlassen". Eine Unterstellung - sonst nichts! Denn fast



zwei Millionen Arbeitslose und keine Aussicht auf eine baldige Änderung dieses Zustandes berechtigt doch wohl zu der Frage, was wir tun müssen, damit unsere Marktwirtschaft das Attribut "sozial" wieder mit voller Berechtigung tragen kann!

Wenn es richtig ist, daß zur Überwindung oder Milderung der Arbeitslosigkeit Investitionen notwendig sind - selbstverständlich auch öffentliche -, ist es doch logisch, daß die Bundesregierung mit ihren Mitteln dabei hilft. Die Bundesrepublik hat in den letzten Jahren mit staatlichen Hilfen in verschiedenen Branchen unserer Wirtschaft gute Erfolge zu verzeichnen gehabt - insbesondere in den Branchen, die zukunftsorientiert sind. In unzähligen Fällen war die staatliche Hilfe zur Minderung der Risiken willkommen. Ist das schon "staatlicher Dirigismus" oder gehört es nicht vielmehr zu der Fürsorge, zu der ein moderner Sozialstaat gegenüber seinen Bürgern verpflichtet ist?

Reichen die Mittel für eine solche staatliche Förderungspolitik nicht, ist es selbstverständlich, darüber nachzudenken, wie man sich zusätzlich welche verschaffen kann, um die Arbeitslosigkeit wirkungsvoll bekämpfen zu können. Wenn in diesem Zusammenhang auch an Steuererhöhungen gedacht wird, wird man doch nicht gleich zu einer "Steuer-Erhöhung-Partei".

Genauso wenig ist man gleich ein "Sozialromantiker", wenn man sich gegen eine undifferenzierte Abwertung unseres Sozialsystems wehrt. Jeder hat sein negatives Beispiel, auf das er sich bezieht. Doch die gesellschaftlich stabilisierende Wirkung unseres Sozialsystems wird nur selten erwähnt. Man wird auch fragen dürfen, ob ausgerechnet bei den Mitteln gekürzt werden soll, die voll in den Konsum gehen und damit die nicht besonders hohe Inland-Nachfrage stützen. Man muß sich deshalb den Vorwurf gefallen lassen, daß "man anderer Leute Geld verwirtschaftet" und "die Eigenverantwortung mindert"?

Gegen jedes Schlagwort ließe sich ein anderes setzen. Doch das brächte nichts! Schlagworte haben nämlich die fatale Eigenschaft, daß man sich mit ihnen zur Unzeit festlegt und nicht mehr von seiner Position herunterkommt, auch wenn sich die Bedingungen grundlegend ändern sollten. Der tägliche Blick in die Presse belehrt uns über die unsicheren Voraussetzungen in der gegenwärtigen Weltpolitik. Entwicklungen, die auch die Bundesrepublik herausfordern können, sind jederzeit möglich und erfordern dann neue Überlegungen und Maßnahmen.

Angesichts einer solchen Lage sollten sich die Parteien nicht im Unterholz der Schlagworte verlieren. Notwendig ist ein politischer Pakt der Vernunft. Die Probleme erkennen, ihre Ursachen erforschen, Lösungsmöglichkeiten entwickeln und diskutieren und dann die notwendigen Entscheidungen treffen - so muß der Weg aussehen, den die Bürger verstehen und deshalb auch mitvollziehen können. Stoff zum Streit bleibt noch genug übrig, so daß die Gefahr einer undifferenzierten politischen Landschaft nicht gegeben ist. Das wechselseitige Zementieren von Tabus macht die Politik unbeweglich und verhindert gerechte und sozial ausgewogene Lösungsmöglichkeiten. Auf die haben unsere Bürger aber einen Anspruch. Wird dieser Anspruch nicht erfüllt, brauchen wir uns alle nicht zu wundern, wenn unsere seit Jahrzehnten leistungsfähige Demokratie Schaden nimmt.

(-/7.5.1982/hj/ca)

+ + +



Bundesbank läßt auf sich warten

Der Zentralbankrat honorierte gewerkschaftliche Vorleistungen nicht

Von Günter Schlatter MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages

Die gestrigen Beschlüsse des Zentralbankrates der Deutschen Bundesbank sind, wenn man sie auf dem Hintergrund geldpolitischer Erfordernisse bewertet, enttäuschend.

Die Politik der Trippelschritte, im Herbst 1981 mit einer Übervorsichtigen Wende in der Geldpolitik eingeleitet, findet ihre Fortsetzung. Die Abschaffung des im Februar 1981 zur Eindämmung von Kapitalabflüssen ins Ausland eingeführten Sonderlombardsatzes schafft zwar ein Stück Normalität, reicht aber als Signal für die darniederliegende deutsche Wirtschaft nicht aus.

Es lohnt in diesem Zusammenhang nicht, auf den Streit der Vorjahre einzugehen. Ob die Bundesbank mit ihrer seit 1979 verfolgten, zunehmend mit außenwirtschaftlichen Zwängen begründeten Politik des knappen und teureren Geldes Recht hatte, ist keine aktuelle Fragestellung. Denn es gibt kein einziges zugkräftiges Argument für heute, mit dem sich die Fortschreibung einer solchen Geldpolitik von gestern rechtfertigen ließe. Die Wende in der Leistungsbilanzsituation ist stabil und wird unterlegt durch einen Rekordüberschuß in der Warenbilanz von den Einfuhrpreisen droht keine inflationäre Gefahr und die Lohnabschlüsse können als Begründung für weiteres Bremsen nicht herhalten. Damit hat der viel diskutierte Zielkonflikt der Geldpolitik, wonach die außenwirtschaftliche Schwäche monetäre Restriktionen, die Binnenkonjunktur dagegen geldpolitisches Gas geben erfordert, vollends seine wirtschaftspolitische Berechtigung verloren.

Was bleibt, sind Defizite in den öffentlichen Haushalten. Aber auch sie rechtfertigen die unzureichenden Bundesbankbeschlüsse nicht. Die Finanzpolitik hat eine stärkere wachstumspolitische Orientierung erfahren und inflationäre Gefahren gehen von dem "prozyklischen Sparkurs" der Gebietskörperschaften nicht aus. Selbst der Vorwurf der crowding-out-Effekt einer hohen Staatsverschuldung treibe die Zinsen, geht ins Leere. Denn nur wenn die Geldpolitik mit der Fortsetzung, wenn auch einer verhaltenen Restriktion antwortet, ist der Weg zu fühlbaren Zinssenkungen verbaut.

Auf eine entschiedene Kurswende in der Geldpolitik kommt es jetzt aber an. Dafür besteht Handlungsspielraum, der von der Bundesbank nicht ausreichend genutzt wird. Damit leistet die Bundesbank der von der Bundesregierung gestarteten Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität einen Bärendienst. Die Bedingungen für eine Binnenkonjunktur, die diesen Namen verdient, kann die Bundesregierung nicht alleine schaffen. Denn im Gegensatz zum Zahlungsbilanzausgleich lassen sich befriedigende Leistungs- und Vollbeschäftigungsraten ohne eine aufeinander abgestimmte Finanz- und Geldpolitik nicht erreichen.

Die von den Geld- und Währungshütern der Deutschen Bundesbank getroffenen Entscheidungen tragen nur dazu bei, daß Unternehmen, private und der Staat, mit ihren Investitionsentscheidungen weiter abwarten. Gewerkschaftliche Vorleistungen zur Sicherung von Beschäftigung wurden wieder einmal von der Bundesbank nicht honoriert.

(-/7.5.1982/ks/ca)

+ + +



Vertrauensbasis zerstört

Der Falkland-Konflikt verschärft die Welt-Krise

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die argentinische Aggression gegen die Falkland-Insel ist durch nichts zu rechtfertigen. Gewalt als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln muß gerade unter westlich orientierten Staaten ein für alle Mal der Vergangenheit angehören. Mit der Besetzung der Falkland-Insel versucht die argentinische Militärjunta durch außenpolitische Abenteuer und aggressiven Nationalismus von der inneren Misere ihres Landes abzulenken. Der offene Ausbruch des Konflikts macht deutlich, daß Diktaturen nicht nur den inneren Frieden ihres Landes gefährden, sondern auch unberechenbare Faktoren für den äußeren Frieden darstellen. Sicher spielen auch Wirtschaftsinteressen im Seegebiet um die Falkland-Insel für Argentinien eine Rolle.

Großbritannien muß sich vorhalten lassen, die Möglichkeiten einer friedlichen Beilegung der Krise und eine Dekolonisierung der Malvinen jahrelang sträflich vernachlässigt zu haben. Nachdenklich müssen die Bilder vom Auslaufen der britischen Armada aus den Heilmathäfen stimmen. Erinnerungen an blumengeschmückte Gewehrläufe zu Beginn des Ersten Weltkriegs werden wach. Die Länder des Südens müssen auch im Verhalten der britischen Regierung die Fortsetzung der Kanonenboot-Politik längst vergangener Zeiten auf anderem waffentechnologischen Niveau erkennen.

Die militärische Auseinandersetzung am Rande der Welt, von vielen Briten als eine Art Spaziergang angesehen, ist nach dem Untergang von Schiffen bereits zu einem blutigen Gemetzel geworden. Mehrere Hundert junge Männer sind bereits Opfer des Krieges geworden. Keine Anstrengung und sei sie noch so mühsam, darf unterbleiben, um diesen Waffengang sofort zu beenden.

Inzwischen sind die Fronten klar: Die Frontstellung läßt befürchten, daß die Auseinandersetzung um das Insel-Archipel einen tiefgehenden Konflikt im Nord-Süd-Verhältnis gebiert. Auf der Seite Großbritanniens haben die EG-Länder, die USA und Japan Wirtschaftssanktionen gegen den Aggressor Argentinien verhängt. Mit Argentinien andererseits haben sich fast alle Länder Lateinamerikas solidarisiert. Der Grund: Die Länder Lateinamerikas sehen Argentinien - ein Land des Südens - mit der massierten wirtschaftlichen und offen demonstrierten militärischen Macht der Länder des Nordens konfrontiert. Für viele Länder des Südens ist dadurch die mühsam geschaffene Vertrauensbasis mit dem Norden nach dem Nord-Süd-Gipfel in Cancun und dem besonnenen Verhalten des Westens nach Afghanistan zerstört. Zu diesem Vertrauensverlust hat sicher die nur schwer verständliche Haltung der USA beigetragen: Mit der Unterstützung Großbritanniens hat die USA ohne Not die Rolle eines fairen Vermittlers aufgegeben und sich gegen die eigenen Partner in Lateinamerika gewandt. Mußten die Mitglieder des Rio-Pakts nicht das Gegenteil von Präsident Reagan erwarten?

Der Krieg im Südatlantik hat die guten Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika aufs Schwerste beeinträchtigt. Er hat die Möglichkeiten europäischer Staaten stark reduziert, bei der Lösung von Konflikten in Lateinamerika mitzuwirken.

Dieser unselige Krieg hat eine zusätzliche, noch nicht genau abschätzbare Komponente: Er hat der Sowjetunion willkommenen Anlaß geboten, ihren Fuß in die Türe zum südamerikanischen Kontinent zu setzen und Einfluß in dem bislang vom Ost-West-Gegensatz unberührten Südatlantik zu nehmen.

Für die Bundesrepublik, die auch Waffen nach Argentinien geliefert hat, gewinnt dieser Krieg besondere innenpolitische Bedeutung: Die Diskussion um den Rüstungsexport erscheint in einem anderen Licht.

Die Bundesregierung muß die von ihr verabschiedeten Richtlinien für den Waffenexport zukünftig so auslegen, daß der Export von Kriegswaffen und kriegswaffennahen sonstigen Gütern außerhalb der NATO und ihr gleichgestellter Länder grundsätzlich unterbleibt. Waffenexporte in die Dritte Welt machen den Frieden nicht sicherer; sie hemmen vielmehr den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in diesen Ländern.

Die Bundesregierung sollte auf der bevorstehenden Sondergeneralversammlung der UNO über Abrüstung einen Stufenplan vorschlagen, der schrittweise bis hin zu einer Einstellung der Rüstungsexporte aus Industrieländern in die Entwicklungsländer führt. Diese Initiative sollte eingebettet sein in die Verhandlung über ein System der kollektiven Sicherheit unter der Ägide der Vereinten Nationen. Ausgangspunkt für ein solches System sollte die zentralamerikanische Region sein. (-/7.5.1982/ks/ca)

Dem Protektionismus wehren

Die EG und das Ergebnis der Seerechtskonferenz

Von Gerd Walter MdEP

Berichterstatter des EP-Ausschusses für Wirtschaft und Währung über die wirtschaftlichen Aspekte der III. Seerechtskonferenz der UN

Die III. UN-Seerechtskonferenz ist zu Ende. Die Probleme der Europäischen Gemeinschaft mit den Ergebnissen dieser Konferenz fangen erst an. Denn die neue Seerechtskonvention, deren Ratifikation durch die erforderlichen 60 Staaten durchaus in nicht allzu ferner Zukunft zu erwarten ist, hat für die EG nämlich erheblich ökonomische und politische Konsequenzen.

Es geht darum, ob die EG-Verträge auf die künftigen Meereszonen der EG-Mitgliedstaaten angewendet werden sollen oder nicht. Die Antwort auf diese Frage wird darüber mitentscheiden, ob die Gemeinschaft Integrationsfortschritte will oder ob sich der Trend zur Renationalisierung fortsetzt.

Die Seerechtskonvention schafft ein neues Seevölkerrecht. Ein Drittel der Weltmeere wird nationalisiert. Vor den Küsten der Meeresanliegerstaaten entstehen 12-SM-Hoheitsgewässer, 200-SM-Wirtschaftszonen und bis zu 350-SM-Festlandssockelzonen. Damit verbunden ist die Zuteilung von abgestuften nationalen Hoheitsrechten bei der wirtschaftlichen Nutzung dieser Zonen. Damit wird ein großer Teil der Meeres-Ressourcen - immerhin finden sich in diesen Zonen 80 Prozent der Weltfischbestände und 90 Prozent der bisher bekannten Öl- und Gasvorkommen im Meer - nicht etwa gerecht verteilt, sondern den Küstenstaaten zugeschlagen, die ohnehin fast ausnahmslos zu den reichen Staaten oder doch zu den "Schwellenmächten" gehören.

Auch vor den Küsten der EG-Staaten entstehen diese Zonen: Die Wirtschaftszone der EG der Zehn würde circa 3,5 Millionen Quadratkilometer umfassen; Portugal und Spanien würden zusammen noch einmal circa drei Millionen Quadratkilometer einbringen. Diese Zonen sind nicht nur das Betätigungsfeld der Fischerei, sondern auch der Offshore-Industrie - mit all ihrer Bedeutung für Arbeitsplatzbeschaffung, Rohstoffversorgung und Umweltbelastung.

Die Frage ist, werden die Grundsätze des EWG-Vertrages wie freier Dienstleistungs- und Warenverkehr, Wettbewerbsgleichheit, Nichtdiskriminierung und Freizügigkeit von den EG-Staaten in ihren Meereszonen angewandt werden, ja oder nein?

Die unterschiedlichen Interessen zwischen den EG-Mitgliedstaaten, zum Beispiel zwischen Großbritannien als "Langküstenstaat" und der Bundesrepublik Deutschland als "Kurzküstenstaat" sind bekannt. Sie dürfen aber nicht dazu führen, die Nationalisierung dieser Zonen durch die Seerechtskonvention als Einladung zum Protektionismus von EG-Staaten untereinander mißzuverstehen. Im Gegenteil: Neben der Durchsetzung des Gemeinschaftsrechts in der EG-Wirtschaftszone brauchen wir die Kooperation der Mitgliedstaaten in dieser Zone beim Umweltschutz, bei der Meeresforschung, bei der Exploration und Verwertung von Rohstoffen, in der Schifffahrtspolitik und so weiter.

Das alles muß trotz oder gerade wegen der Schwierigkeiten in der gemeinschaftlichen Fischereipolitik gefordert werden. Denn wenn sich hier der Protektionismus durchsetzte, bekäme der Renationalisierungstrend in der EG neuen Auftrieb. Der Ministerrat ist also aufgefordert, das klare Wort zum Geltungsbereich der EG-Verträge zu sagen, das er bisher - außer bei der Fischereipolitik unter dem Druck entsprechender Urteile des Europäischen Gerichtshofes in Luxemburg - wohlweislich vermieden hat. Anfängen des Protektionismus, zu beobachten bei der britischen Offshore-Politik, gilt es zu wehren.

(-/7.5.1982/ks/ca)



Jetzt muß gehandelt werden!

Glaubwürdige Jugendpolitik verlangt nach Reformen

Von Rudolf Hartung

Bundessekretär der Jungsozialisten

Die Kommission "Jugendprotest im demokratischen Staat" hat ihren Zwischenbericht vorgelegt. Sie hat Vorbehalte der Jungsozialisten gegen ihre Einrichtung nicht bestätigt.

Die Kommissionsmitglieder sind mit ihrem Zwischenbericht konkret geworden. Viele der Vorschläge sind schnell zu verwirklichen und liegen im Interesse vieler Jugendlicher; sie wären als Reform ein Stück sozialer Fortschritt.

Es liegt in der Möglichkeit des Bundestages, viele der von der Kommission gestellten Forderungen einzulösen:

- o Wenn man den öffentlichen Erklärungen aller Parteien - außer der CSU - glauben kann, dann sind sie alle - wie die Enquete-Kommission - für die Abschaffung der unwürdigen Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer. Niemand sollte diese breite Bundestagsmehrheit daran hindern können, dies dann auch mit der Geschwindigkeit zu beschließen, wie bei anderen Gelegenheiten Steuerentlastungen für die Besserverdienenden verabschiedet wurden. Dabei nicht zu vergessen, daß das Grundgesetz gleich lange Dienstzeit für Wehrdienst und Zivildienst verbindlich vorschreibt, steht dem Bundestag gut an.
- o Die Enquete-Kommission fordert Vorrang für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Wer könnte den Bundestag daran hindern, die energiepolitisch umstrittenen und gefährlichen aus der Sicht der Volkswirtschaft gesehen unwirtschaftlichen Prestigeobjekte "Schneller Bürter" und HTR-Reaktor aus der Bundesförderung herauszunehmen und die freiwerdenden Milliarden für wirksame Arbeitsbeschaffungsprogramme auszugeben.
- o Die Enquete-Kommission empfiehlt, die Rechte der Jugendvertreter im Betrieb auszuweiten. Wer könnte den Bundestag davon abbringen, noch vor der Sommerpause ein entsprechendes Gesetz mit Heraufsetzung der Altersgrenze für die Wahlberechtigten auf den Weg zu bringen.

Über Jugend ist von Politikern genügend geredet worden. Glaubwürdige Politik erweist sich im praktischen Handeln. Schon nach dem Zwischenbericht ist nicht publizistisches Backenblasen gefragt: Es muß gepfiffen werden.

Nichts wäre schlimmer als wenn wieder einmal Reformen im Interesse der Jugend im Hin und Her zwischen Bürokratie und Parlament, Bundestag und Bundesrat versanden würden.
(-/7.5.1982/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Der Bundesminister der Verteidigung, Hans Apel, hat an Professor Wolf Graf von Baudissin anlässlich dessen 75. Geburtstag am 8. Mai folgenden Glückwunsch gerichtet:

Sehr geehrter Graf Baudissin,

zu Ihrem 75. Geburtstag sende ich Ihnen auch im Namen meiner Mitarbeiter herzliche Glückwünsche. Da Sie zu denen gehören, die ihr Glück in erfüllter Arbeit finden, beinhaltet dieser Wunsch noch viele Jahre schöpferischer Aktivität.

Wir sind Ihnen zu Dank verpflichtet, weil Sie sich in besonderer Weise um die Hinführung des Soldaten zur Mitverantwortung für unseren Staat, aber auch um die Heranführung der Öffentlichkeit an die Mitverantwortung für die Bundeswehr bemüht haben. Sie waren der Initiator des Beirates für Fragen der Inneren Führung, der sich gerade zum 6. Mal neu konstituiert hat und der in den nahezu 25 Jahren seiner Tätigkeit einen aktiven Kreis von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zur Arbeit an Problemen der inneren Ordnung der Armee zusammengeführt hat.

Sie haben viele Dienstjahre in hohen NATO-Stellen gearbeitet und dabei das politische und militärische Gewicht der Bundesrepublik Deutschland im Bündnis dank Ihres Engagements, Ihres Sachverstandes, Ihrer intellektuellen Brillanz und der Fähigkeit zur Kooperation nachhaltig gestärkt.

Sie krönen Ihr Lebenswerk nun durch Ihre Professur und die Leitung des Institutes für Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Hamburg. In dieser unruhigen Zeit ist Ihr Beitrag zur Friedensdiskussion von hohem Wert, verbindet sich doch in Ihnen in seltener Geschlossenheit politisches mit militärischem Denken, wissenschaftliche mit humanistischer Verantwortung.

Der Titel Ihres neuesten, gerade erschienenen Buches "Nie wieder Sieg" könnte ein Wegweiser für die Mächte in Ost und West werden.

Mit herzlichen Grüßen

(-/7.5.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

